

ZBK würde Kredite neu aushandeln

THERME Skepsis des Bürgermeisters für Bad Königer Gruppierung nicht nachvollziehbar

BAD KÖNIG - (gg). Die überparteiliche ZBK macht weiter Druck für Verhandlungen der Bad Königer Kur GmbH zur Neuaushandlung der Konditionen für den noch vom Bau der Odenwaldtherme abhängigen Kredit. In den öffentlich gehandelten Hinderungsgründen sieht die verwaltungskritische Stadtverordnetenfraktion nur Vorwände, um unverständliches Nichthandeln zu kaschieren.

Millionen-Betrag könnte eingespart werden

Den Anlauf zu einer Tilgungsstreckung bei der Volksbank Odenwald hält die ZBK deshalb für so wichtig, weil damit „endlich die Notwendigkeit für die Stadt entfällt, ihre Kur-Tochter zusätzlich zum Ausgleich der Betriebsverluste jeweils jährlich mit hohen Beträgen für die Tilgung zu unterstützen, die diese selbst wegen der relativ kurzen Darlehenslaufzeit nicht leisten kann.

„In diesem Jahr werden hierfür 343 000 Euro fällig, in den kommenden Jahren jeweils mehr als 400 000 Euro“, prognostiziert die Gruppierung. Somit addieren sich die möglichen Einsparungen durch eine Tilgungsstreckung auf einen Betrag in Millionenhöhe. Wie berichtet, verweist Bürgermeister Uwe Veith auf das Fälligwerden einer Entschädigung für eine Änderung der Konditionen und ein mögliches Veto des Regierungspräsidiums („Diskussion um Thermen-Verträge“, Ausgabe vom 7. Februar).

Demgegenüber gibt sich die ZBK sicher, dass die Stadt sowohl mit der Volksbank Odenwald als Kreditgeber als auch mit der Aufsichtsbehörde „sehr erfolgreich“ verhandeln könne. Selbstverständlich werde, wie von Bürgermeister Veith richtigerweise erwähnt, die Bank für die vorzeitige Vertragsänderung eine Entschädigung verlangen. Doch sei mit Sicherheit davon auszugehen, dass unter dem Strich noch sehr deutliche Einsparungen für die Stadt verblieben. Warum ausgerechnet die Kommunalaufsicht eine solche Verbesserung ablehnen solle, wisse wohl nur der Bürgermeister.

Für die ZBK gibt es deshalb nur zwei Konsequenzen: Gespräche mit der Volksbank seien schnellstmöglich abzuschließen und die Ergebnisse dem Darmstädter Regierungspräsidium vorzulegen.